



# Freie und Hansestadt Hamburg

Landesbetrieb Erziehung und Beratung

## **Informationsblatt zur Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 13, 14 der Verordnung (EU) 2016/679**

Der Landesbetrieb Erziehung und Beratung ist Teil des öffentlichen Jugendhilfeträgers der Freien und Hansestadt Hamburg und unterliegt dem Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (DS-GVO).

Dieses Datenschutz-Informationsblatt soll dazu dienen, Sie über die Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre Rechte nach der DS-GVO zu informieren.

### **I. Kontaktdaten**

#### **1. Verantwortliche Stelle**

Landesbetrieb Erziehung und Beratung  
Conventstraße 14  
22089 Hamburg  
Tel.: (040) 428 15 – 30 00  
E-Mail: [info@leb.hamburg.de](mailto:info@leb.hamburg.de)

#### **2. Behördlicher Datenschutzbeauftragter**

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration (Sozialbehörde) und des Landesbetriebes Erziehung und Beratung (LEB)  
Hamburger Straße 47  
22083 Hamburg  
Tel.: (040) 428 28 - 0  
E-Mail: [datenschutz@soziales.hamburg.de](mailto:datenschutz@soziales.hamburg.de)

Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist Ihre Anlaufstelle, soweit Sie Fragen zum Thema Datenschutz im Zusammenhang mit einer Verarbeitungstätigkeit des LEB haben. Das gilt gleichermaßen für Bürgerinnen und Bürger wie für Beschäftigte des LEB.

#### **3. Aufsichtsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg**

Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit  
Ludwig-Erhard-Str 22, 7. OG  
20459 Hamburg  
Tel.: (040) 428 54 – 40 40  
Fax: (040) 428 54 – 40 00  
E-Mail: [mailbox@datenschutz.hamburg.de](mailto:mailbox@datenschutz.hamburg.de)

Nach der DS-GVO steht Ihnen das Recht zu, Beschwerde gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei einer Aufsichtsbehörde einzulegen. In der Freien und Hansestadt Hamburg übernimmt der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit die Funktion der Aufsichtsbehörde.

Sollten Sie sich nicht sicher sein, ob Sie die Aufsichtsbehörde einschalten sollten oder auch weiterführende Fragen zum Thema Datenschutz bestehen, so wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten (unter Ziff. 2.).

## **II. Verarbeitungstätigkeit**

### **1. Bezeichnung und Zweck der Verarbeitungstätigkeit**

Als Bestandteil des öffentlichen Jugendhilfeträgers der Freien und Hansestadt Hamburg ist der Landesbetrieb Erziehung und Beratung im Rahmen seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe auf die Verarbeitung von personenbezogenen Daten angewiesen. Dem gesetzlichen Auftrag nach dem Achten Buch – Sozialgesetzbuch (SGB VIII) kann nur nachgegangen werden, soweit personenbezogene Daten insbesondere von betreuten Personen und ggf. von deren Sorgeberechtigten, Verwandten oder sonstigen natürlichen Personen im erforderlichen Maß verarbeitet werden. Diese personenbezogenen Daten werden erhoben, um Leistungen und andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII durchführen zu können. Ohne die Erhebung und nachfolgende Weiterverarbeitung (insb. Speicherung, Veränderung, Löschung, Übermittlung, interne Weitergabe) Ihrer personenbezogenen Daten ist die Gewährung, Erbringung und Beendigung von Jugendhilfeleistungen nicht möglich.

Zu den Leistungen nach dem SGB VIII gehören insbesondere die Förderung der Erziehung in besonderen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII) sowie die Gewährung von Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff. SGB VIII). Letztere beinhalten insbesondere ambulante Hilfen durch Betreuungshelfer (§ 30 SGB VIII) oder die Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII) sowie stationäre Hilfen in Form einer Heimerziehung als Betreuung über Tag und Nacht (§ 34 SGB VIII), insbesondere in pädagogisch betreuten Wohngruppen, sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften, Jugendwohnungen oder Kinderschutzhäusern.

Die anderen Aufgaben umfassen im Wesentlichen vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Hierunter fallen Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen sowie die Durchführung von vorläufigen Inobhutnahmen ausländischer Kinder und Jugendlicher nach unbegleiteter Einreise durch den Kinder- und Jugendnotdienst (§§ 42 f. SGB VIII).

### **2. Rechtsgrundlagen**

Personenbezogene Daten werden unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen verarbeitet. Die Verarbeitung erfolgt auf Grundlage der Bestimmungen der DS-GVO. Von besonderer Bedeutung sind hierbei folgende europarechtliche Rechtsgrundlagen in Verbindung mit den einfachgesetzlichen Normen des deutschen Sozialdatenschutzrechts aus § 35 SGB I, §§ 61 ff. SGB VIII, §§ 67 ff. SGB X:

- Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a) DS-GVO für die Verarbeitung aufgrund einer von Ihnen eingeholten Einwilligung
- Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b) DS-GVO für die Verarbeitung anlässlich der Erfüllung eines Vertrages, deren Vertragspartei Sie sind

- Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e) DS-GVO, soweit die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde
- Art. 9 Abs. 2 lit. a) DS-GVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten aufgrund einer Einwilligung verarbeitet werden
- Art. 9 Abs. 2 lit. b) DS-GVO, soweit die Verarbeitung erforderlich ist, damit die betroffene Person, die ihm bzw. ihr aus dem Arbeitsrecht und dem Recht der sozialen Sicherheit und des Sozialschutzes erwachsenden Rechte ausüben und seinen bzw. ihren diesbezüglichen Pflichten nachkommen kann
- Art. 9 Abs. 2 lit. c) DS-GVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten zum Schutze lebenswichtiger Interessen der betreuten Person verarbeitet werden und
- Art. 9 Abs. 2 lit. e) DS-GVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, die Sie offensichtlich öffentlich gemacht haben.

### **3. Kategorien personenbezogener Daten**

Der Landesbetrieb Erziehung und Beratung verarbeitet im Rahmen des Betreuungsverhältnisses sog. Stammdaten von Betreuten und ggf. ihrer Sorgeberechtigten und Verwandten (z.B. Geschwistern). Hierzu gehören insbesondere personenbezogene Daten, wie Name, Vorname, Namenszusätze, Kontaktdaten sowie die Anschrift. Daneben werden erforderlichenfalls u.a. die familiären Verhältnisse, die Vorgeschichte von Betreuten sowie der aktuelle Hilfebedarf verarbeitet. Auch besondere Kategorien von personenbezogenen Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DS-GVO, wie etwa Gesundheitsdaten (z.B. bekannte Allergien oder Unverträglichkeiten), können verarbeitet werden, soweit diese für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages in der Jugendhilfe erforderlich sind.

### **4. Quelle der Daten**

Für den Fall, dass personenbezogene Daten nicht unmittelbar bei Ihnen als Betroffene/n selbst erhoben wurden, kommt eine Datenerhebung bzw. sonstige Beschaffung insbesondere bei folgenden Personen/Stellen in Betracht:

- Erhebung beim fallzuständigen Jugendamt
- Erhebung bei den Erziehungsberechtigten bzw. dem Vormund/der Vormünderin
- Erhebung bei medizinischem Personal, z.B. bei Rettungsdiensten, Krankenhäusern oder niedergelassenen Arztpraxen und
- Einholung der Daten bei anderen Einrichtungen des Landesbetriebes Erziehung und Beratung, insbesondere durch die Jugendhilfe-Software „MyJugendhilfe“ als elektronisches Aktensystem.

### **5. Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden erforderlichenfalls weitergegeben an:

- das fallzuständige Jugendamt sowie den dort ansässigen Allgemein Sozialen Dienst

- die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration als Fachbehörde und Kostenträger sowie auswärtige örtliche Kostenträger im Falle von Kosten-erstattungen nach Leistungserbringung
- die Anstalt des öffentlichen Rechts Dataport als zuständigen Auftragsverarbeiter für technische Dienstleistungen wie das Betreiben und die Sicherung der Server des FHH-Netzes sowie die hauseigene Abteilung für IT-Management
- sonstige Auftragsverarbeiter, insbesondere Dienstleister für Beförderungs- oder Übersetzungsleistungen.

### **III. Dauer der Speicherung**

Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung durch den Landesbetrieb Erziehung und Beratung längstens für fünf Jahre nach Beendigung der jeweiligen Leistung oder anderen Aufgabe nach dem SGB VIII gespeichert.

### **IV. Betroffenenrechte**

Ihnen stehen nach den Art. 15-18, 20 und 21 DS-GVO folgende Rechte zu:

- Werden personenbezogene Daten verarbeitet, so steht Ihnen das Recht zu, Auskunft über die gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet worden sein, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DS-GVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO) und
- wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DS-GVO).

Wenn Sie von vorgenannten Rechten Gebrauch machen, wird durch den Verantwortlichen geprüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für das jeweilige Recht gegeben sind.

### **V. Widerrufsrecht**

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen (siehe unter I. Kontaktdaten, 1. Verantwortliche Stelle) durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die laufenden Jugendhilfeleistungen nach erfolgtem Widerruf ggf. nicht länger fortgeführt werden können.

Stand: 4. August 2020